

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Chancengleichheit von Frauen und Männern stärken - kein Rollback wegen Corona

Der Landtag möge beschließen:

Die Corona-Pandemie zeichnet sich durch Auswirkungen auf alle Lebensbereiche aus. Sie hat offengelegt, wie sehr das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenlebens von privater Sorgearbeit abhängig ist. Da überwiegend Frauen diese unbezahlte Arbeit leisten, verstärken sich überwunden geglaubte Rollenstereotype. Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern gerät in eine Schieflage.

Wir müssen Sorge dafür tragen, dass gleichstellungspolitische Erfolge der Vergangenheit nicht verloren gehen. Wir fordern die Landesregierung daher auf, aufzuzeigen, wie sich die Lock-downs auf die Arbeits- und Lebenswelt von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere auf

- die Beschäftigungsquote von Frauen,
 - die Antragslage ALG I und II,
 - Erfahrungen zur Vereinbarung und Verteilung von Home-Office und Sorgearbeit,
 - Entwicklung der häuslichen Gewalt
- ausgewirkt hat.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur ergreifen, die eine Retraditionalisierung des Geschlechterverhältnisses verhindern. Die bereits gefassten Beschlüsse der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) sind hier als wegweisend zu sehen und bei der Umsetzung der Maßnahmen zu beachten.

Thomas Krüger und Fraktion

Wolfgang Waldmüller und Fraktion

Begründung:

Durch die pandemiebedingte Schließung von Schulen und Kitas wurden die Familien auf eine harte Probe gestellt. Eine bundesweite Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (Böckler Impuls 8/2020) zeigt deutlich, dass Mütter die Hauptlast der Corona-Pandemie tragen. Auch bei Paaren mit Kindern, die bisher eine faire Aufgabenteilung praktiziert haben, zeigt sich durch die Studie ein deutlicher Rollback. Ein besonderes Augenmerk muss auch auf die Situation von Alleinerziehenden, die in der Mehrheit weiblich sind, gelegt werden. So empfindet über die Hälfte der Befragten die Situation „äußerst“ oder „stark“ belastend.

Die Retraditionalisierung des Geschlechterverhältnisses ist aus Sicht der Koalitionsparteien eine durch die Corona-Pandemie entstandene Gefahr. Die Erwerbsquote von Frauen und Männern hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr angeglichen, dennoch arbeiten mehr Frauen in Teilzeit. Auf Grundlage dieser Struktur besteht das Risiko, dass Frauen mehrheitlich die sogenannte „Care-Arbeit“ im Haushalt übernehmen und so in eine bereits überwunden geglaubte Rolle zurückgedrängt werden. Auch muss der Arbeitnehmerinnenschutz in den Fokus gerückt werden. Homeoffice und Sorgearbeit dürfen nicht zu einer einseitigen Belastung von Frauen führen.

In den letzten Wochen und Monaten wurde deutlich, dass ohne das Engagement und die Arbeit der Frauen lebenswichtige Bereiche unserer Gesellschaft nicht funktionieren würden. Während der Hochphase der Corona-Krise systemrelevante Arbeit wurde überwiegend von Frauen geleistet. Frauen sind es, die verstärkt und zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit übernehmen. Frauen erleben gegenwärtig, wie notwendig eine faire Aufteilung von unbezahlter Sorgearbeit im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist.

Durch die Krise zeigte sich auch, dass Frauenhäuser als Schutz- und Rückzugsraum für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder eine große Bedeutung haben. Eine solide Ausstattung der Frauenhäuser und Beratungsangebote ist aus Sicht der Fraktionen der SPD und CDU notwendig. Durch die Corona-Pandemie wurden in vielen Bereichen die Online-Angebote ausgebaut. Ziel des Antrages ist es, auch hier die bestehenden Angebote von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen zu stärken. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur in Krisensituationen ein gesellschaftliches Problem, dem wir uns mit aller Kraft entgegenstemmen müssen. Gerade in Zeiten, die dadurch geprägt sind, dass Familien räumlich eng ohne Ausweichmöglichkeiten zusammenleben.

Die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) ist das Gremium, um die Forderungen zu thematisieren, zu konkretisieren und in Richtung Bund und Länder zu adressieren. Mecklenburg-Vorpommern hat 2021 den GFMK-Vorsitz inne und kann die Themen so mit aller Kraft voranbringen.